

15. KOMMNET UNTERNEHMER-PODIUM 05.06.23, SEMINARHOTEL BOCKEN

Podiumsdiskussion: Die Rolle der Verbände für die Wirtschaft und die Schweiz

Moderation: Reto Brennwald

Talk & Film GmbH

- **Henrique Schneider**
Designierter Direktor Schweizerischer Gewerbeverband SGV
- **Monika Rühl**
Vorsitzende der Geschäftsleitung economiesuisse
- **Martin Rufer**
Direktor Schweizerischer Bauernverband SBV
- **Patrik Hasler-Olbrych**
Direktor a.i. GastroSuisse

Die Verbände haben sich vor allem im Hintergrund engagiert

Gleich vier Spitzenvertreter von grossen Wirtschaftsverbänden gaben sich am 15. Kommnet Unternehmer-Podium ein Stelldichein. Sie stellten sich der Frage, ob sich die Verbände genug für die Wirtschaft und die Schweiz engagieren. Dabei sahen sich Monika Rühl von Economiesuisse, Henrique Schneider vom Schweizerischen Gewerbeverband, Martin Rufer vom Bauernverband und Patrik Hasler-Olbrych von GastroSuisse mit einem Schwall kritischer Fragen konfrontiert - sowohl aus dem Publikum als auch von Moderator Reto Brennwald. Der gemeinsame Nenner war dabei das Gefühl, dass die Verantwortlichen die Herausforderungen und Krisen der letzten Zeit zu wenig entschlossen bekämpft haben. Für die Schweiz sind laut Bund die beiden grössten Systemrisiken eine Pandemie und eine Strommangellage. Hätten die Verbände beispielsweise während der Corona-Zeit mehr Rückgrat gezeigt, so war zu hören, wären wirtschaftsschädigende Massnahmen wie der Lockdown weniger einschneidend ausgefallen. Eloquent verteidigten sich die Angesprochenen. Man habe sich mit aller Kraft in die Debatte eingebracht und zum Beispiel mit eigenen Gutachten bei Bundesrat Alain Berset und dem BAG fast im Wochenrhythmus interveniert, sagte Patrick Hasler von GastroSuisse. Ähnlich tönte es beim Gewerbe- und dem Bauernverband. Monika Rühl gab zu bedenken, dass hinter den Kulissen enorme Arbeit geleistet worden sei, ohne dass dies von der Öffentlichkeit wahrgenommen wurde. Ohne diese Arbeit, sagte Henrique Schneider, wäre der Schaden noch sehr viel schlimmer gewesen - und kritisierte die Verletzung der Grundrechte mit scharfen Worten. Es war jedoch nicht nur die Pandemie, die zu kritischen Fragen führte.

Die Politik ist nach links gerutscht

Reto Brennwald konstatierte ein grundsätzlich schwierigeres Umfeld für die Unternehmer und die Wirtschaft. Zeigen steigende Energiepreise, Abstimmungsniederlagen oder der wuchernde Staat, dass die Verbände an Einfluss verloren haben? Es sei tatsächlich nicht einfacher geworden, befanden die Verbandsfunktionäre, doch das habe eine Vielzahl unterschiedlicher Gründe. Ganz grundsätzlich seien die bürgerlichen Kräfte, die sich für schlanke Rahmenbedingungen stark machten, am Erodieren, das Parlament nach links gerutscht. Ob das auch für Economiesuisse gelte, fragte Reto Brennwald Monika Rühl, was im Publikum zu einem Raunen führte. Brennwald nannte das Klimaschutzgesetz, das

Economiesuisse befürwortet. Es sieht 3.2 Milliarden Subventionen vor, die zwar dem Gewerbe auch zugutekommen, aber trotzdem von der Allgemeinheit finanziert werden müssen. Rühl antwortete, dass die Schweizer Wirtschaft klar hinter dem Netto-Null-Ziel stehe und deshalb das Klimaschutzgesetz unterstütze. Dieses halte im Wesentlichen die Netto-Null-Zielsetzung fest. Hinzu komme, dass die Zusammensetzung der Mitgliedschaft in den Verbänden sehr divers sei. Hier einen gemeinsamen Nenner zu finden, sei eine Herausforderung, da es viele Mitglieder begrüßten, wenn ihre Branche durch die öffentliche Hand unterstützt werde.

Die bürgerlich-liberalen Kräfte müssen gestärkt werden

Zustimmung fand auch die Diagnose, dass sehr viele der grossen Konzerne durch internationale Manager geleitet würden, denen die liberalen Rahmenbedingungen als Wettbewerbsvorteil der Schweiz nicht in der DNA lägen. Was also wäre zu tun? Der Hebel liegt bei den nächsten Wahlen, es brauche den Willen, hier die bürgerlich-liberalen Kräfte, die auf Eigenverantwortung und Freiheit setzten, zu stärken. Nicht zuletzt deswegen haben vier Spitzenverbände eine Allianz formiert, bestehend aus Economiesuisse, Bauernverband, Gewerbeverband und Arbeitgeberverband. Mit gemeinsamen Kampagnen will man in den Wahlkampf ziehen, um eine Trendwende herbeizuführen. Ob die vier Verbände bei ihren unterschiedlichen Interessen genug Schlagkraft entwickeln können, wird sich zeigen. Vielleicht wäre es pragmatischer, einfach einmal gewisse bürokratische Vorschriften zu ignorieren, einfach zu streiken, forderte eine Stimme aus dem Publikum und bekam spontanen Applaus. So verlockend die Forderung sei, sagte Monika Rühl, dieser Weg sei der falsche. Die Schweiz sei ein Rechtsstaat, daran dürfe man nicht rütteln. Economiesuisse geht andere Wege: mit Blick auf die Wahlen werden Hunderte von Mitgliedern als Botschafter für den Wirtschaftsstandort Schweiz gecastet. Sie sollen dem liberalen Erfolgsrezept des Landes ein persönliches Gesicht geben.

Fazit: Bürgerliche Trendwende ist dringend nötig

Es war ein intensiver, kontroverser und manchmal emotionaler Austausch. Am Schluss kam es aber zu einem versöhnlichen Abschluss und man war sich einig, dass solche Anlässe unterstützend sind, um Brücken zu schlagen. Es braucht eine bürgerliche Trendwende, um die Politik, die in den letzten Jahren nach links abgedriftet ist, wieder in Richtung der liberalen Werte zu verschieben. Dabei sollten die Verbände einen wesentlichen Beitrag leisten, indem sie sich klarer für freiheitliche und unternehmerfreundliche Rahmenbedingungen einsetzen.

Reto Brennwald und Karin Bieri